



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Sicherstellung der Letztentscheidung des Bundestags über die Finanzierung von Bundesfernstraßen

Aktuell seit 21.07.2026 08:12:36

Angegeben von:

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) (R002287) am 30.06.2026

Beschreibung:

Über die Finanzierung des Erhalts und des Aus- und Neubaus von Bundesfernstraßen soll weiterhin der Bundestag entscheiden, die Zweckbindung der Lkw-Mauteinahmen für den Erhalt und Aus- und Neubau von Bundesfernstraßen soll nicht ausgeweitet werden, der Bund soll Mautgläubiger bleiben.

Zu Regelungsentwurf

1. Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes zum Bürokratierückbau im Verkehrsbereich (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 08.05.2026

Federführendes Ministerium: BMV [alle RV hierzu]

Betroffene Interessensbereiche (4)

Klimaschutz [alle RV hierzu]

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Betroffene Bundesgesetze (3)

FernstrÜG [alle RV hierzu]

BSWAG [alle RV hierzu]

FStrG [alle RV hierzu]

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. SG2607080004 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.06.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]